2023.SR.000062

Interfraktionelle Motion FDP/JF, SVP, Mitte (Ursula Stöckli, FDP/Alexander Feuz, SVP/Sibylle Eigenmann, Mitte): Einführung des Farbsacktrennsystems: Sofortiger Übungsabbruch!

Gemäss Medienmitteilung der Stadt Bern vom 23.2.2023 braucht es massive Anpassungen. Die Schwierigkeiten mit der Einführung des Farbsachtrennsystems sind gross. Sie hätten den Verantwortlichen aber seit langem bekannt sein müssen. Aus den diversen Anträgen der zuständigen PVS-Kommission aber auch den Anträgen und Voten aus dem Kreis der Motionäre war nämlich ersichtlich, dass durch die Einführung des Farbsacktrennsystems komplexe Problem auf die Stadt zukommen.

Fazit:

1. Die baurechtlichen und denkmalschutzrechtlichen Voraussetzungen für den Bau von Containerstandort in Vorgärten, insbesondere in älteren Quartieren gestaltet sich schwierig und komplex.
2. Die Standortsuche gestaltet sich sehr aufwändig und der Unmut über die massenhaft aufgehobenen Parkplätze im Stadtteil Mattenhof-Weissenbühl aber auch in anderen Quartieren, z.B. Stadtteil 4 ist gross.
3. Die Stadtteilvertretung QUAV4 lehnte das Projekt klar ab.
4. Eine Ausschreibung für Stahlbügel zur Abtrennung der Containerfelder musste mangels Angebote ebenfalls abgebrochen werden.
5. Die prognostizierte Anzahl wegfallender Parkplätze wurde deutlich zu tief kommuniziert.
6. Der Start der Einführung wiederholt verschoben werden musste. Aus der jüngsten Medienmitteilung ist mit einer weiteren massiven Verzögerung im Pilotquartier zu rechnen.
7. Die Kosten werden noch höher ausfallen.
8. Es muss wahrscheinlich eine neue Volksabstimmung durchgeführt werden.

Wir fordern den Gemeinderat der Stadt Bern auf:
Das Projekt Farbsacktrennsystem abzubrechen.

Begründung der Dringlichkeit:
Der Gemeinderat kommunizierte, das Projekt bis Ende Jahr neu zu untersuchen. Dies erachten wir als nicht sinnvoll und verlorenes Geld.
Die Motionäre fordern angesichts der massiven Probleme den Übungsabbruch. Die Verbesserungen der Mitarbeitergesundheit und der Entsorgung müssen auf anderem Wege erfolgen.
Es wird deshalb davon ausgegangen, dass eine erneute Volksabstimmung durchgeführt werden muss. Die Motion muss deshalb dinglich erklärt werden, ansonsten der Stadtrat nicht mehr korrigierend eingreifen kann und wachsender Schaden entsteht.

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats abgelehnt.

Bern, 16. März 2023
Erstunterzeichnende: Ursula Stöckli, Alexander Feuz, Sibyl Martha Eigenmann
Mitunterzeichnende: -